

Edwin Stiller

Die vier Illusionen der Politischen Bildung – zur Notwendigkeit politischer Erziehung.

Eine Stellungnahme zu den Beiträgen von Gernod Röken in Politisches Lernen 3-4|2021, S. 4 ff. und S. 41 ff.

Ausgangspunkte des Beitrags sind Zitate von Gernod Röken aus der letzten Ausgabe von Politisches Lernen 3-4|2021, die zum Widerspruch einladen und zum Anlass für eine Grundsatzkritik an Illusionen der Politischen Bildung genommen werden. Der Beitrag schließt mit einer Bilanzierung der neueren Bemühungen um politische Erziehung in Erziehungswissenschaft und politischer Philosophie.

Einführung

„Demokratische Erziehung. Einführung in das demokratische Ethos mit dem Ziel einer erziehungsgestützten Perspektive auf mündigkeitsorientiertes Verhalten (keine politische Erziehung).“ (Röken 2021a, S. 6)

„Ein Fehlverstehen kann bei meiner Kritik am Verständnis einer staatlich verordneten und affirmativ ausgerichteten ‚Einüben‘ und ‚Gewöhnung‘ in demokratische Verhaltensweisen bei Axel Honneth ausgemacht werden. [...] Aber ich wiederhole meine Kritik im Anschluss an Benner, dass sich Pädagogik und damit auch die Demokratiepädagogik nicht in den Dienst staatlicher Antizipationen als ‚Exekutive‘ des ‚Politischen‘ stellen darf (vgl. Benner 2012, S. 170 ff.), weil dann Erziehung zur Einübung zweckrationalen Handelns degradiert würde.“ (Röken 2021b, S. 45)

Die Behauptung, demokratische Erziehung sei keine politische Erziehung, hört sich recht absurd an und ist ja auch nur aufrecht zu erhalten, wenn man der Erziehungstheorie von Dietrich Benner folgt, der dem Staat das Recht bzw. die Aufgabe abspricht, die nachwachsenden Generationen durch politische Erziehung in das politische System einzuführen (vgl. hierzu Giesinger 2012, S. 521 ff.). Dem bekanntesten zeitgenössischen Vertreter der Frankfurter Schule Fehlverstehen anzulasten, ist sicher auch eine Stilfrage, vor allem aber die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sich in „reaktionären Zeiten“ eine solche Position staatlicher Enthaltensamkeit noch leisten sollten.

Illusion Nr. 1: Erhalt der Demokratie ohne politische Erziehung

Axel Honneth hat 2012 in seinem Festvortrag anlässlich der Eröffnung des 23. DGfE-Kongresses „Erziehungswissenschaftliche Grenzgänge“ am 12. März 2012 an die lange Tradition in der Kooperation von politischer Philosophie und Pädagogik erinnert, die selbstverständlich davon ausgeht, der

„[...] Mensch muss erst einen Prozess der auf Freiheit zielenden Erziehung durchlaufen haben, bevor er Mitglied eines sich selbst regierenden Staatsvolks werden kann, so wie umgekehrt nur autonome Bürgerinnen und Bürger eine öffentliche Erziehung institutionalisieren können, die ihren Kindern den Weg in die politische Mündigkeit ermöglicht. Eine gute Erziehung und eine republikanische Staatsordnung sind deswegen komplementär aufeinander angewiesen [...]“ (Honneth 2012, S. 429 f.).

Er kritisiert scharf, dass in der Gegenwart diese Tradition, auch der wissenschaftlichen Kooperation zwischen politischer Philosophie und Pädagogik, in Vergessenheit geraten ist und staatliche Schulen sich nur noch um die „[...] Anerkennung eines ‚zivilen Minimums‘ (ebd., S. 434) bemühen, demokratische Erziehung aber einem überzogenen Verständnis von staatlicher Neutralität geopfert wurde.

In der Zeit nach 1945 herrschte ein breiter Konsens in Politik und Gesellschaft, dass politische Erziehung demokratische Gesinnung hervorbringen müsse. Daher beispielsweise der Doppelauftrag für staatsbürgerliche Bildung und staatsbürgerliche Erziehung in Artikel 11 der

Landesverfassung NRW und ein expliziter Erziehungsauftrag in Artikel 7 (dazu: Stiller 2017, 2019 und 2020).

Aktuelle Verfassungskommentare bekräftigen das Recht des Staates, den staatlichen Schulen und Lehrkräften politische Erziehungsaufträge im Dienste der schulischen Integrationsfunktion zu erteilen (vgl. Heusch / Schönenbroicher 2020, S. 92 ff.). Sie binden Lehrkräfte in ihrer konkreten Unterrichtsgestaltung, enthalten bezogen auf ihre Umsetzung aber große Interpretationsspielräume. Daher gelten sie als „soft law“. Im „erziehungswissenschaftlichen Schrifttum“ sehen die Verfassungsjuristen eine „...gewisse Gleichgültigkeit gegenüber verfassungsrechtlichen Determinanten.“ (ebd., S. 95)

Die Kultusministerkonferenz hat den politischen Erziehungsauftrag von staatlichen Schulen noch einmal präzisiert (vgl. KMK 2018). Der Beschluss bestätigt die Nicht-Verhandelbarkeit der Grundprinzipien unserer politischen Ordnung und bekräftigt den Auftrag an alle in Schule pädagogisch Tätigen, die demokratischen Werte und Haltungen offensiv zu vertreten und zu verteidigen.

Da seit den sechziger Jahren in den Erziehungswissenschaften – und auch in der Didaktik der Politischen Bildung – der Erziehungsbegriff zunehmend diskreditiert wurde und der Bildungsbegriff in einer individualistischen Ausprägung als Hort der Freiheit gepriesen wurde (vgl. Stiller 2019, 2020), bedurfte es einer Verschärfung der Bedrohungslage durch Nationalismus, Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Populismus, um das Thema politische Erziehung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Die Corona-Pandemie hat diese Bedrohung der demokratischen Grundwerte noch einmal auf die Spitze getrieben. Die Körber Stiftung ermittelt in einer empirischen Studie 2021 einen dramatischen Vertrauensverlust der Bürger:innen in politische Institutionen, Parteien und Repräsentant:innen des politischen Systems. Nida-Rümelin versteht die Studie als Weckruf und fordert sowohl eine Stärkung des normativen Grundkonsenses unseres repräsentativen Systems wie auch eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger:

„Die Aufrechterhaltung des Verfassungskonsenses als eines normativen Konsenses höherer Ordnung ist gerade in Krisenzeiten essenziell und verlangt, Balance zu halten zwischen kollektiver und individueller Selbstbestimmung.“ (Nida-Rümelin 2021, S. 78).

Auch die politische Philosophie und Teile der Erziehungswissenschaft haben den Appell von Honneth aufgegriffen und die Debatte um politische Erziehung in Zeiten eines ungebremsten Liberalismus wieder aufgenommen. So nehmen die Autoren zum Thema „Demokratieerziehung und die Herausforderungen des Liberalismus“ in der Zeitschrift für Pädagogik (v. a. Drerup 2021, S. 480 ff. und Culp 2021, 528 ff.) klar Stellung und fordern Lehrkräfte auf, liberal-demokratische Grundwerte offensiv zu verteidigen (ebd., S. 493) und einen „*demokratisch-pädagogischen Ethos*“ (ebd., S. 531) wiederzubeleben.

Illusion Nr. 2: Zuschauerdemokratie – Politik den Profis, Bürgerleitbild des „interessierten Zuschauers“

Die zunehmenden Gefährdungen der Grundfesten der Demokratie führen bei Vertretern der Parteien des demokratischen Spektrums dazu, diejenigen, die am Rande stehen und sich auf das Beobachten beschränken, aufzurufen, die Position der schweigenden Mehrheit zu verlassen und sich in die eigenen Verhältnisse einzumischen:

„Vielleicht ist das größte Überlebensrisiko einer vermeintlich stabilen Demokratie die Großzügigkeit, dass sie ihren Bürgern ermöglicht, sich zu beteiligen, aber niemanden dazu verpflichtet. Das ist aber unser Land, unsere Demokratie; dafür sind wir und nur wir verantwortlich – wir, das heißt jeder Einzelne von uns.“ (Lammert 2020, S. 89)

„Unsere Grundwerte, unsere Freiheit, unser Frieden – sie sind ohne uns nicht gesichert. Demokratie lebt nicht, weil das Grundgesetz sie verordnet. Sie lebt und bleibt, wenn wir sie wollen und uns in ihr engagieren – gegen die, die sie in Frage stellen oder bekämpfen. Wir müssen sie aktiv verteidigen. Wir. Der Staat. Ich.“ (Steinmeier 2020)

Langsam setzt sich die Einsicht durch, dass es nur in politischen „Schönwetterperioden“ ausreicht, ausschließlich auf die repräsentativen Strukturen zu vertrauen und die politischen Angelegenheiten, die eigene Angelegenheiten aller Bürger:innen sind, an die Experten und gewählten Repräsentanten zu übergeben. Sinnbildlich für diese überkommene Haltung war die Aufforderung des FDP Politikers Lindner an die Fridays-for-Future Bewegung, die komplexen Klimafragen doch bitte den Expert:innen und Profis zu überlassen. Spätestens in Zeiten der Gefährdung des demokratischen Grundkonsenses ist es notwendig, die nachwachsende Generation nicht auf die distanzierte Zuschauerrolle im politischen Geschehen und gelegentliche Wahlakte vorzubereiten, sondern die Fähigkeiten und Bereitschaften, zu intervenieren und sich aktiv für eine freiheitliche, vielfältige und humane Gesellschaft einzusetzen, in den Mittelpunkt demokratischer Bildung und politischer Erziehung an staatlichen Schulen zu setzen. Damit wird kein Bürgerleitbild vorgegeben, da die lernenden Subjekte selbst entscheiden, ob sie von den erworbenen Fähigkeiten und Bereitschaften Gebrauch machen.

Illusion Nr. 3: Staatliche Enthaltensamkeit in Einstellungs- und Haltungsfragen

Die überzogene Neutralitätshaltung des Staates zeigt sich auch in der Ignorierung des eigenen Verfassungsauftrags in den Artikeln 7 und 11 der Landesverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen. Im aktuellen Demokratiebericht der nordrhein-westfälischen Landesregierung findet dieser Auftrag noch nicht einmal Erwähnung. Statt einer Auflistung staatlicher Vorgaben in den Kernlehrplänen und den Angeboten der Medienzentren hätte geprüft werden müssen, inwieweit die Schulen den Auftrag staatsbürgerlicher Bildung und „*staatsbürgerliche Erziehung*“ (Artikel 7 Landesverfassung NRW) auch tatsächlich umsetzen und inwieweit eine Erziehung

„... im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“
(Artikel 11 Landesverfassung NRW)

auch wirklich konsequent den Schulalltag prägt.

Die Tatsache, dass es Schulen mit dem Siegel „Schulen ohne Rassismus“ gibt, bringt den Rassismusforscher Aladin El-Mafaalani zu dem Vorschlag, den anderen Schulen die Plakette „Schule mit Rassismus“ zu verleihen (El-Mafaalani 2021, S. 115). Auch wenn dieser Vorschlag nicht ernst gemeint war, führt er doch vor Augen, welche absurden Konsequenzen die übertriebene staatliche Neutralität haben kann. Demokratische Haltungen werden zur Privatsache bzw. zur institutionellen Disposition gegeben.

Illusion Nr. 4: Ablehnung jeglicher Affirmation

Diese Position ist darauf zurückzuführen, dass im Anschluss an Benner jegliche Form politischer Erziehung unter Affirmationsverdacht steht und Affirmation will man ja um jeden Preis vermeiden. Dabei ist unser politisches System völlig abhängig davon, in welchem Umfang die Bürger:innen den demokratischen Grundkonsens teilen. Eine positive Übereinstimmung (und dies meint eigentlich der Begriff Affirmation) mit den zentralen Werten des Grundgesetzes und den jeweiligen Länderverfassungen ist Voraussetzung für den Fortbestand einer offenen, pluralen, demokratischen Gesellschaft.

Der postmoderne amerikanische Philosoph Richard Rorty hat den etwas mechanistisch anmutenden Vorschlag gemacht, zunächst die Erziehung affirmativ zu gestalten und danach, wenn eine staatsbürgerliche Grundidentifikation gegeben sei, die Phase der mündigen Kritik einzuleiten:

„Erziehung erscheint mir als zwei voneinander getrennte Unternehmungen: Die Grunderziehung („lower education“) ist meistens eine Angelegenheit der Sozialisierung, des Versuches, ein Gefühl von Staatsangehörigkeit einzuprägen, und die höhere Erziehung („higher education“) ist meistens eine Angelegenheit der Individuation eines Versuches, die Phantasie des Individuums zu wecken mit der Hoffnung, daß sie fähig wird, sich selbst neu zu erschaffen.“ (Rorty 1990, zit. in: Rosenow 1996, S. 760 f.)

In Deutschland wird erst seit der Verschärfung der Krise des Demokratischen wieder vorsichtig über die Notwendigkeit der Integrationsfunktion der Schule nachgedacht.

Im Anschluss an den Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel gehen Rico Behrens, Anja Besand und Stefan Breuer in ihrer aktuellen Veröffentlichung zur Politische Bildung in reaktionären Zeiten davon aus, dass Politische Bildung zwei unterschiedliche Felder bearbeiten muss: einem kontroversen Sektor und einem nicht-kontroversen Sektor. Im nicht-kontroversen Sektor müssen die Normen und Werte einer Gesellschaft, die nicht zur Disposition gestellt werden, im Zentrum von Erziehung und Bildung stehen. Damit Schule und Gesellschaft standhaft die Demokratie verteidigen können, muss eine Übereinstimmung der nachwachsenden Generationen mit den die demokratische Gesellschaft tragenden Werten

und Normen erzielt werden. Selbstverständlich ist hierbei, dass die Erziehung dialogisch, als Subjekt-Subjekt-Beziehung gestaltet wird (vgl. Drerup 2021b, S. 19 ff.; Stiller / Dorlöchter 2017, S. 21 ff.) und nicht als autoritäres Erzeugungsverhältnis.

Der kontroverse Sektor demokratischer Bildung und politischer Erziehung betrifft alle Angelegenheiten, die plural ausgehandelt werden können und müssen.

„In dieser Sichtweise [...] reicht der Bezug auf die basisdemokratische Fundierung von Politik nicht aus, um die Qualität und Legitimität herzustellen. Demokratie kann sich in der Praxis nicht allein in einem agonalen Verständnis erschöpfen, in dem alles dem kontroversen Sektor zuzuschreiben ist.“ (Behrens et al. 2021, S. 41)

Exkurs: Nachgelesen bei Adorno

Die Ablehnung von Affirmation erfolgt immer unter Bezugnahme auf Kritische Theorie und vor allem auf die Schriften von Theodor Adorno, der immer als Kronzeuge mit Zitaten bemüht wird, die die Mündigkeit und die Widerständigkeit der Individuen betonen. Gleichzeitig werden Passagen nicht gewürdigt, die Anpassung bzw. Affirmation betreffen:

„Erziehung wäre ohnmächtig und ideologisch, wenn sie das Anpassungsziel ignorierte und die Menschen nicht darauf vorbereitete, in der Welt sich zurechtzufinden. Sie ist aber genauso fragwürdig, wenn sie dabei stehenbleibt und nichts anderes als well adjusted people produziert, wodurch sich der bestehende Zustand, und zwar gerade in seinem Schlechten, erst recht durchsetzt.“ (Adorno 1966, S. 109).

Liest man nach, was Adorno Erzieherinnen und Erziehern mit auf den Weg gibt (Vortrag vor den Teilnehmern der Europäischen Erzieherkonferenz im Kontext einer Tagung der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit im Jahr 1962), um sie im Kampf gegen Antisemitismus zu unterstützen, staunt man nicht schlecht über so viel Positives, Bestärkendes und letztendlich Affirmatives:

Beispiel 1: „Es wäre von großer Wichtigkeit, schon in der Phase, in der Kinder im Kindergarten sind, wenn man an ihnen irgendwelche Anzeichen ethnozentrischer Reaktion [...] bemerkt, mit den Eltern Kontakt aufzunehmen und auf sie einzuwirken.“ (Adorno 1964, S. 98)

Beispiel 2: „Früher gab es, in ländlichen Schulen zumal, die Volkssitte, daß der Lehrer den neu eintretenden Kindern Brezeln schenkte, die er freilich insgeheim von den Eltern bekommen hatte. Die Brezel-Sitte verrät recht tiefe Einsicht in das Phänomen. Man sollte, nach dem altertümlichen Modell, den Schock der Kälte und damit die Wendung zur Aggression zu verhindern trachten; mit anderen Worten, die Brezel-Sitte in eine Verhaltensweise umsetzen, die den Schulunterricht während der ersten Wochen der Spiel-Situation soweit wie nur möglich anähnelte.“ (ebd., S. 99)

Beispiel 3: „Überhaupt wäre in der Schule dem Problem des Ausschließenden nachzugehen, der Bildung besonderer Gruppen und Cliques, die fast stets dadurch zusammengehalten werden, daß sie gegen irgendwelche anderen sich richten, die nicht mitmachen dürfen: ‚Mit dir spiel‘

ich nicht' – oder: ‚Der, mit dem spielt ja niemand‘. Dieses Phänomen ist prinzipiell gleich gebaut wie das antisemitische.“ (ebd.)

Beispiel 4: „Wo es nicht gelingen sollte, individuell auf sie einzuwirken, muß man sie wohl schon in der Schule mit Autorität konfrontieren, man muß ihre ideologische Wirkung auf die anderen unter Strafe stellen, die Strafen dann auch durchführen. Wichtiger aber ist, daß man diese Kinder zum Sprechen bringt, daß sie lernen, sich auszudrücken, und zwar gar nicht nur wegen der kathartischen Wirkung, die von der Sprache überhaupt ausgeht. [...] Es wäre am Ende eines der wichtigsten und anständigsten Mittel in der Abwehr von Antisemitismus, Ausdrucksfähigkeit insgesamt zu steigern und die Ranküne gegen das Reden abzumildern.“ (ebd., S. 100)

Beispiel 5: „Ein Wort noch zur Frage der Rolle des Lehrers in der Abwehr des Antisemitismus. Ich argwöhne, daß immer noch eine erhebliche Anzahl von Lehrern stumm, schweigend, unausdrücklich mit dem Antisemitismus sympathisieren. [...] Ich maße mir nicht an, dafür Regeln aufzustellen oder gar irgendwelche Tests zu empfehlen. Aber bei der Auswahl von Lehrern wären doch Kriterien dafür zu entwickeln, die es gestatten, solche, die mit dem autoritären Charakter und dadurch mit dem Antisemitismus sympathisieren, von vornherein fernzuhalten.“ (ebd., S. 101)

In einen zeitgemäßen Duktus umgewandelt, empfiehlt Adorno aufsuchende Elternarbeit, eine Anerkennungs- und Willkommenskultur, Mobbingprävention, Empowerment und professionelle Personalauswahl. Im konkreten Erziehungskontext bemüht sich Adorno um das richtige Leben im Kampf gegen das Falsche (hier dem Antisemitismus).

Aktuelle Tendenzen zur Rehabilitierung von politischer Erziehung

Der amerikanisch-deutsche Politologe Yascha Mounk hat in seiner Analyse der Demokratiegefährdung in Deutschland vor einer Überbetonung des Kritischen und einer Vernachlässigung der Verteidigung demokratischer Errungenschaften gewarnt:

„Zwei Grundprinzipien der neuen, demokratiebejahenden Pädagogik liegen [...] nahe. Auch wenn es verlockend ist, selbstständiges Denken daran zu messen, ob Schüler gesellschaftliche Normen kritisch hinterfragen (man könnte auch sagen: negativ bewerten), müssen erstens in einer freiheitlichen Gesellschaft Denkfähigkeit und Loyalität nicht miteinander in Konflikt stehen. [...] Zweitens muss die deutsche Pädagogik sich wieder trauen, positive Identifikation mit dem eigenen Land zu stiften.“ (Mounk 2018, S. 289)

Es geht also um eine demokratiebejahende Pädagogik oder um mit dem Soziologen Andreas Reckwitz zu sprechen, um die Stärkung einer „Kultur des Allgemeinen“ im Zeitalter der Singularitäten. In seinem letzten Werk „Ende der Illusionen“ wendet er sich gegen einen apertistischen, ungebremsten Individualismus, der ausschließlich die Interessen des Einzelnen gegenüber dem Staat vertritt und dadurch die Grundlagen einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft unterminiert (vgl. Reckwitz 2019, S. 52 ff., 261 ff.). Erziehung und Bildung spielen eine wichtige Rolle bei der dialogischen

Aushandlung des Allgemeinen. Am Beispiel der Pandemie zeigt er in einem Beitrag für die ZEIT (Reckwitz 2021, S. 6) auf, dass nur ein starker Staat in Verbindung mit einer aktiven Zivilgesellschaft, auch unter Berufung auf „Bürgerpflichten“ die Grundlagen einer offenen, demokratischen Gesellschaft erhalten kann.

Demokratiebejahende Pädagogik ist keine „Menschenformung“ (Adorno). Dialogische Demokratieerziehung gründet auf der Basis eines zeitgemäßen Erziehungsverständnis, das sich von Erzeugungsphantasien genauso verabschiedet hat, wie von naiven Wachsen-Lassen Illusionen (vgl. Stiller / Dorlöchter 2017, S. 27 ff.).

Unter Bezugnahme auf meinen Beitrag zur politischen Erziehung auf der Bundestagung der DVPB im Jahr 2018 (Stiller 2020) haben inzwischen einige Politikdidaktiker und Demokratiepädagogen zur Balance von Affirmation und Kritik Stellung bezogen:

„In dankenswerter Klarheit hat Edwin Stiller (2020) unter Bezugnahme auf einschlägige erziehungstheoretische Literatur herausgearbeitet, dass es in der Demokratiebildung – nolens volens – auch um Spuren von Staatspädagogik und Affirmation geht, [...]. Für öffentlich organisiertes pädagogisches Handeln ist die Erhaltung der vorgefundenen und als wertvoll erachteten Prinzipien einer Gesellschaft und damit Affirmation konstitutiv.“ (May 2021, S. 19)

Jürgen Gerdes hat in seinem aktuellen Beitrag für das Handbuch der Bildungs- und Erziehungssoziologie diese Linie bestätigt:

„Hier drängt sich die Frage auf, ob es angesichts der heutigen demokratiepolitischen Herausforderungen nicht prioritär um eine gewissermaßen defensive Haltung der Verteidigung demokratischer Errungenschaften [...] gehen müsste, die durch rechtsextreme und insbesondere rechtspopulistische Bewegungen und Parteien in Frage gestellt und im Fall ihres Regierungseintritts akut gefährdet werden. [...] Die Herausforderung von Demokratiebildung würde dann darin bestehen, Affirmation gegenüber dem Nicht-Verhandelbaren und Kritik im Sinn der Demokratisierung in eine Balance zu bringen (vgl. Stiller 2020, S. 108).“ (Gerdes 2021, S. 18)

Barbara Pusch hat sich in ihrem Beitrag „Bildung oder Erziehung für nachhaltige Entwicklung?“ für einen politischen Erziehungsbegriff ausgesprochen:

„Auf der Grundlage von Nohls Erziehungsbegriff, Drerups bildungsphilosophisch untermauerter Aufforderung, nicht alle Themen in der politischen Bildung kontrovers zu diskutieren, und Stillers Ausführungen zu politischer Bildung und Erziehung, denke ich BNE als erzieherisches Unterfangen an.“ (Pusch 2022)

Schlussbemerkung

Sind es nur Illusionen, sind es Lebenslügen, sind es logische Denkfehler? Ohne dass wir auch durch Erziehung und Bildung die überwiegende Mehrheit für die offene und freie Gesellschaft und deren aktive Verteidigung gewinnen, werden wir die offene und freie Gesellschaft verlieren. So einfach und so kompliziert ist es. Ein Bielefelder Vertreter der politischen Philosophie formuliert es so:

„Nur die gegebene Demokratie lässt sich demokratisieren. Beide Extreme sind also unangemessen: sowohl das gewissermaßen pubertäre revolutionäre Begehren als auch das altersstarre Festhalten am Bisherigen als vermeintlichem Nonplusultra. Das ist die Ambivalenz, die jeder konstruktiv-kritische Umgang mit der Demokratie ertragen muss und die im Zentrum einer reflexiven Demokratiebildung stehen sollte: die Ambivalenz zwischen Bejahung und Verbesserung der demokratischen Ordnung, jenseits von destruktiver Politikverachtung und phantasieloser Verteidigung gegebener Strukturen.“ (Kipke 2021, S. 6 f.)

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1964): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Das Argument Heft 29, Schule und Erziehung (I), S. 88–104
- Adorno, Theodor W. (1966): Erziehung nach Auschwitz, in: ders., Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt/M.: Suhrkamp (1971)
- Behrens, Rico / Besand, Anja / Breuer, Stefan (2021): Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule, Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag
- Culp, Julian (2021): Schulische Demokratieerziehung und die Krise der repräsentativen Demokratie, in: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 4, S. 528–542
- Drerup, Johannes (2021a): Demokratieerziehung und die Kontroversen über Kontroversitätsgebote, in: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 4, S. 480–496
- Drerup, Johannes (2021b): Kontroverse Themen im Unterricht. Konstruktiv streiten lernen, Stuttgart: Reclam
- El-Mafaalani, Aladin (2021): Wozu Rassismus?, Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Gerdes, Jürgen (2021): Demokratiebildung, in: Bauer, Ullrich et al. (Hrsg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie, Wiesbaden: Springer
- Giesinger, Johannes (2012): Warum Bildung einer demokratischen Fundierung bedarf. Zur Pädagogik Dietrich Benners, in: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik Heft 88, S. 521–531.
- Heusch, Andreas / Schönenbroicher, Klaus (2020): Die Landesverfassung NRW. Kommentar, Siegburg: Reckinger
- Honneth, Axel (2012): Erziehung und demokratische Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Heft 3, S. 429–442
- Kipke, Roland (2021): Der Sinn der Demokratie. Überlegungen zur Legitimität und zum Gehalt schulischer Demokratiebildung. PFLB – PraxisForschungLehrer*innen Bildung, 3 (3), 1–7
- Kultusministerkonferenz (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6.3.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, hrsg. vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin
- Lammert, Norbert (2020): Unsere Demokratie und ihre Verfassung, in: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Heft 1, S. 82–89
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (2021): Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung, Düsseldorf: Ministerium für Kultur und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen
- May, Michael (2021): Haltung ist keine didaktische Strategie! – Zu einem Missverständnis im Kontext der Demokratiebildung, in: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Heft 1, S. 17–21
- Mouk, Yascha (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München: Droemer
- Nida-Rümelin, Julian (2021): Demokratie in der Krise. Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie, Hamburg: Körber Stiftung
- Pusch, Barbara (2022): Bildung oder Erziehung für nachhaltige Entwicklung?, in: Frank, Magnus et al. (Hrsg.): Grenzen auflösen – Grenzen ziehen. Grenzbearbeitungen zwischen Erziehungswissenschaft, Politik und Gesellschaft, Leverkusen: Budrich (i. E.)
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin: Suhrkamp
- Reckwitz, Andreas (2021): Die Pflicht ruft, in: Die Zeit, 16.12.2021, S. 6
- Röken, Gernod (2021a): Fehlverständnisse und Fehlhaltungen in der Vermittlung demokratischer Erziehung und politischer Bildung, in: Politisches Lernen Heft 3-4, S. 4–11
- Röken, Gernod (2021b): Dissens als Grundlage der demokratischen Lebensform – auch im Verständnis des Erlernens von Demokratie, in: ebd., S. 41–45
- Rosenow, Elyahu (1996): Postmoderne Erziehung in einer liberalen Gesellschaft, in: Zeitschrift für Pädagogik Heft 5, S. 753–766
- Steinmeier, Walter (2020): Zentrale Trauerfeier für die Opfer des Anschlags vom 19. Februar. Online verfügbar unter: <http://www.bundespraesident.de/>; 12.1.2022
- Stiller, Edwin (2020): Soll politische Bildung Haltungen vermitteln? Zur Kontroverse um politische Erziehung, in: Haarmann, Moritz P. et al. (Hrsg.) Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung, Berlin: Springer, S. 97–118
- Stiller, Edwin (2019): Lob der Affirmation – Plädoyer für eine Balance von Affirmation und Kritik anlässlich des 70jährigen Bestehens der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Politisches Lernen, Heft 3-4, S. 30–34
- Stiller, Edwin (2017): Nichts gelernt nach 1945? – Welchen Einfluss auf Erziehungsziele und Erziehungspraxis soll der Staat nehmen? Zusatzangebot zu Phoenix, Paderborn: Schöningh
- Stiller, Edwin / Dorlöchter, Heinz (2017): Dialogische Fachdidaktik Pädagogik, Paderborn: Schöningh

Edwin Stiller ist unabhängiger Berater im Bildungsbereich. Er war von 2006-2015 Referent für Grundsatzfragen der Lehrerbildung im Ministerium für Schule und Weiterbildung unter anderem mit den Arbeitsschwerpunkten Praxissemester und Portfolio. Daneben ist er Herausgeber und Mitautor von Dialog SoWi.

Kontakt: www.edwinstiller.de; beratungstiller@t-online.de